

Hans-Wilm Schütte

Taiwans Standort

Positionen, Hintergründe und Perspektiven im Konflikt mit der VR China

Teil 2

Taiwans Standort unter wirtschaftlichem Aspekt

Taiwans Bedeutung als Wirtschaftsmacht ist unübersehbar. Durch beispiellosen Fleiß und unternehmerisches Geschick, allerdings auch auf Kosten der Umwelt, hat sich das Land innerhalb weniger Jahrzehnte zu einer der großen Exportnationen der Erde entwickelt. Wie erwähnt, rangiert die Inselrepublik unter den Industrienationen hinsichtlich ihres Bruttoinlandsprodukts an 20. Stelle und beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung an 25. Stelle. Signifikanter noch als diese Zahlen ist die Struktur der taiwanischen Produktpalette: Taiwans Stärke liegt auf dem zukunftssträchtigen Gebiet der Informationstechnik, bei dem es nach den USA und Japan der drittgrößte Lieferant ist. Bei einigen Waren hat Taiwan sogar den Status eines Weltmarktführers inne, so bei Notebook-Computern (Weltmarktanteil: 45%) und bei Scannern (Weltmarktanteil: über 80%). Der Sektor „Maschinen und elektrische Geräte“ ist in der Außenhandelsstatistik allein für 50% des gesamten Exportwerts verantwortlich.

Dank der insgesamt gesunden, durch einen starken Mittelstand geprägten Struktur, sowie auf Grund einer kräftigen Binnennachfrage, konnte sich Taiwan trotz großer Exportabhängigkeit der Asienkrise weitgehend entziehen. Nach einem Einbruch im Jahr 1998 erreichen die Zuwächse bei Inlandsprodukt, Export und Import im laufenden Jahr wieder die gewohnt hohen Werte der Vergangenheit, die beim Zwei- bis Dreifachen europäischer Industrienationen liegen.

Bezeichnend für den Entwicklungsstand der taiwanischen Volkswirtschaft sind die Anteile der drei Wirtschaftssektoren: Landwirtschaft und Fischerei trugen 1998 nur noch mit 2,9% zum Bruttoinlandsprodukt bei, der Industriesektor brachte es auf 34%, der Tertiärsektor jedoch auf beachtliche 63,1%. Die überragende Bedeutung von Handel und Dienstleistungen bei gleichzeitig hoher Industrieproduktion ist Ausdruck des Umstandes, daß Taiwan, das nicht mehr als Billiglohnland gelten kann, einen wachsenden Teil seiner Produktion ins Ausland verlagert hat, vor allem in die VR China.

Ein Vergleich mit dem chinesischen Festland macht die Unterschiede im Entwicklungsstand deutlich: In der VR China trägt der Primärsektor noch mit gut 20% zum Inlandsprodukt bei, der Industriesektor mit fast 50%, der Tertiärsektor mit gut 30%. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf lag 1997 in Taiwan beim 18fachen des Wertes, den die VR China erzielte; nach dem Einbruch auf Grund der Asienkrise und bedingt durch die stärkeren Wachstumsraten in der VR China mindert sich dieser Abstand zwar (Prognose für 1999: knapp das 16fache), wird aber noch auf Jahrzehnte signifikant bleiben.

Für die VR China sind die Investitionsmittel, die taiwanische Unternehmer direkt oder indirekt ins Land bringen und dort in die verarbeitende Industrie fließen, von großer Bedeutung für die wirtschaftliche und technische Entwicklung. Das realisierte Investitionsvolumen taiwanischer Firmen in China belief sich bis Ende 1998 auf 21,4 Mrd. US\$. (SCMP, Internet-Ausgabe, 30.1.99) Nach den Hongkongern rangierten die taiwanischen Investoren auf dem Festland zeitweise an zweiter Stelle, was die Investitionssummen der letzten Jahre angeht. In den vergangenen zwei Jahren verlegten Taiwans Elektronikfirmen 29 Prozent der computerbezogenen Produktion auf das Festland. (SCMP, Internet-Ausgabe, 3.4.99)

Bislang profitierten beide Seiten von den meist über Hongkong laufenden, indirekten Wirtschaftsbeziehungen, wobei Taiwan freilich die Nase vorn hat: Im Chinahandel, der sich auf rund ein Zehntel des gesamten Außenhandelsvolumens der Insel beläuft, erzielte Taiwan so hohe Überschüsse wie mit keinem zweiten Handelspartner. VR-chinesische Stellen bezifferten das Defizit des Festlands in der Handelsbilanz mit Taiwan für 1998 auf 12,76 Mrd. US\$ und das kumulierte Defizit auf mittlerweile 90 Mrd. US\$. (XNA, 28.3.99)

Das Verhältnis zwischen beiden Handelspartnern ist schon aus diesem Grunde nicht frei von Spannungen. In Taiwan befürchtet man, daß das Festland Importbeschränkungen verhängen könnte, so für synthetische Fasern. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 4.2.99) Da Taiwan der weltgrößte Lieferant an synthetischen Fasern ist und 37% davon nach Hongkong und aufs Festland gehen, könnte ein solcher Schritt die taiwanische Textilindustrie erheblich schwächen.

Da beide Seiten von ihren bilateralen Wirtschaftsbeziehungen erheblich profitieren, sind beide auch bemüht, einen Wirtschaftskrieg zu vermeiden. Die Trennung von Wirtschaft und Politik ist ein erklärtes Element der chinesischen Taiwanpolitik. Dem entspricht, daß die antitaiwanischen Aktionen Pekings im Gefolge von Li Teng-huis Äußerung zur Zwischenstaatlichkeit der Beziehungen mit der VR China den Wirtschaftssektor ausgeklammert ließen.

Im Ernstfall jedoch wäre Taiwan verletzlicher als die VR China, falls diese beispielsweise ein Importverbot für Taiwanwaren verhängen würde. Zwar würde sich die VR China damit auch selbst treffen, da die Betriebe, die auf Zulieferungen aus Taiwan angewiesen sind, schließen müßten und ihre Arbeitskräfte freisetzen würden; zudem würden weitere Investitionen aus Taiwan ausbleiben, die China dringend braucht, damit die bei der Sanierung der Staatsbetriebe freigesetzten Mitarbeiter neue Arbeitsplätze finden und das soziale Konfliktpotential, das sich dort

aufbaut, nicht überhand nimmt. Das exportabhängige Taiwan mit seinem sehr viel kleineren Binnenmarkt wäre jedoch von einem Boykott viel unmittelbarer betroffen, da gut 15% der Ausfuhren aufs Festland gehen. Im Falle, daß die VR China auch Exporte nach Taiwan unterbinden würde, wären unter anderem Elektronikfirmen, die auf dem Festland als „verlängerter Werkbank“ Teile produzieren lassen, in Mitleidenschaft gezogen und könnten auch Exportaufträge in andere Länder nicht mehr erfüllen.

Um der Gefahr zu begegnen, wirtschaftlich erpreßbar zu werden, hat Taiwans Regierung die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Festland denn auch einer Reihe von Restriktionen unterworfen. Unter anderem

- bedürfen Investitionen auf dem Festland der Genehmigung,
- besteht für Einzelinvestitionen eine Obergrenze von 50 Mio. US-\$,
- sind Investitionen in Immobilien- und Infrastrukturprojekte nicht zugelassen,
- wird die Genehmigung von Projekten versagt, die auf die vollständige Verlagerung von Hightech-Produktion aufs Festland hinauslaufen.

Restriktiv wirkt natürlich auch, daß direkte Handels-, Verkehrs- und Telekommunikationsverbindungen mit dem Festland auf Grund von Sicherheitsbedenken nach wie vor nicht zugelassen sind. (Im Frachtverkehr existieren zwar Direktverbindungen, jedoch nur für Transitwaren.) Um die Beschränkungen zu umgehen, gründen taiwanische Unternehmer zuweilen Tochterfirmen im nichtchinesischen Ausland, um dann von dort aus auf dem Festland aktiv zu werden; die mit diesem Umweg verbundenen Kosten und Risiken zeitigen allerdings selbst auch wieder einen restriktiven Effekt.

Umgekehrt wird streng darauf geachtet, daß taiwanische Firmen nicht unter festlandschinesische Kontrolle geraten. Es erscheint jedoch zweifelhaft, daß diese Einschränkungen und Abwehrmaßnahmen dauerhaft aufrechterhalten werden können, da sie mit der von Taiwan wie auch von der VR China angestrebten WTO-Mitgliedschaft nicht vereinbar sind. Zudem dringt die taiwanische Wirtschaft darauf, die Restriktionen möglichst weitgehend zu lockern. Mit Ausnahme von Lien Chan (Lian Zhan), dem jetzigen Vizepräsidenten und offiziell dem Kandidaten der Regierungspartei Kuomintang für die Präsidentenwahl im kommenden März, haben sich auch alle namhaften Wettbewerber für dieses Amt bislang für die Einrichtung direkter Handels-, Verkehrs- und Telekommunikationsverbindungen mit dem Festland ausgesprochen, da Taiwan nur so der angestrebten Rolle als ostasiatische „Drehscheibe“ für Handels- und Finanztransaktionen gerecht werden und sein wirtschaftliches Potential voll entfalten könne. Jeder neue Präsident der Inselrepublik wird sich jedoch dem Problem stellen müssen, daß eine Liberalisierung der Handels- und Investitionsbeziehungen eine stärkere wirtschaftliche Integration Taiwans in die Wirtschaft der VR China zufolge hätte und daß dies angesichts von deren politischen Intentionen, die Insel „heim ins Reich“ zu holen, Taiwans Souveränität massiv gefährden würde. Auch in dieser Hinsicht befindet sich Taiwan daher in einem kaum auflösbaren Dilemma.

Taiwans Standort unter militärisch-sicherheitspolitischem Aspekt

Auch wenn volksrepublikanische Medien in jüngster Zeit mehrfach verkündeten, Taiwan könne einem Angriff vom Festland aus keine fünf Tage widerstehen, stimmen fast alle ausländischen Fachleute doch darin überein, daß die Inselstreitkräfte Invasionsversuche bei der derzeitigen Rüstungssituation erfolgreich abwehren würden. Allenfalls einige oder alle der von Taiwan kontrollierten Inseln in Sichtweite der Küste von Fujian - die Inseln Quemoy (Kinmen, Jinmen) und Matsu (Mazu) samt einigen anderen Minieilanden - seien möglicherweise nicht zu halten.

Eine offene Frage ist jedoch, inwiefern Taiwan im Kriegsfall mit Unterstützung durch die USA rechnen könnte. Der 1979 vom US-Kongreß beschlossene „Taiwan Relations Act“ erklärt zwar, ein Angriff auf Taiwan wäre für die USA ein Gegenstand ernster Sorge („grave concern“), eine Verpflichtung zur Entsendung von Truppen, Kriegsschiffen und dergleichen erwächst der US-Regierung daraus jedoch keineswegs. Ungeachtet zorniger Proteste aus Peking beliefern die USA Taiwan zwar nach wie vor mit modernen Waffen und sorgen so dafür, daß Taiwan seine Verteidigungsstärke angesichts wachsender Bedrohung wahren kann, daß die USA aber im Ernstfall intervenieren würden, muß zumindest für die Zeit der Clinton-Regierung als wenig wahrscheinlich gelten. Entsprechende Zusagen werden die USA Taiwan auch deswegen nicht geben, weil dies die Bereitschaft Taiwans fördern könnte auch formell die Unabhängigkeit zu erklären. Der China-Politik der USA liefe ein solcher Schritt völlig zuwider. In Anbetracht der relativ großen Kontinuität, mit der die USA unter wechselnden Präsidenten Pekings Ein-China-Doktrin mehr oder weniger klar akzeptiert haben, ist auch nicht zu erwarten, daß sich daran in Zukunft Grundlegendes ändern wird. Im Kriegsfall wäre Taiwan also wohl im wesentlichen auf sich allein gestellt.

Anders sehe die Lage aus, falls China sich zu einer reinen Blockade der Inselhäfen entschliesse. Ähnlich wie schon im Vorfeld der Präsidentenwahl im Jahr 1996, als China Raketen in Richtung Taiwan abfeuerte und amerikanische Kriegsschiffe in die Taiwanstraße einfuhren, müßte China damit rechnen, daß die USA den freien Zugang zu Taiwans Häfen mittels Kriegsschiffen durchsetzen würden. Diese Überlegung dürfte China auch auf Dauer davon abhalten, einen Blockadeversuch zu unternehmen, ohne Taiwan gleichzeitig militärisch anzugreifen.

So oder so wären die wirtschaftlichen Schäden für Taiwan wohl das größere Problem. Schließlich bedarf die Insel zu ihrer Versorgung laufender Importe. Die erheblichen Währungsreserven von 90 Mrd. US\$ läßt Taiwans Regierung zwar als „Notgroschen“ für den Kriegsfall unangetastet, doch mehr als ein Notgroschen wird dieser Betrag dann auch nicht wert sein.

Befindet sich Taiwans Verteidigungskraft auch gegenwärtig auf der sicheren Seite, so sieht die Zukunft jedoch sehr ungewiß aus. Auch wenn China mit Rücksicht auf sein internationales Renommee, auf die Kostbarkeit seiner Beute und eventuell sogar auf das Leben der taiwanischen Landsleute auf den Einsatz von Atomwaffen verzichten sollte, ist derzeit nicht abzusehen, ob es Taiwan gelingen

wird, sich auch vor modernen Lenk Waffen zu schützen, die die VR China zur Zeit entwickelt. Ein Pentagonreport erwartet, daß diese Waffen im Jahr 2005 einsatzbereit sein werden. China könnte damit „chirurgische Schläge“ gegen ausgewählte Ziele unternehmen, um so Taiwan an den Verhandlungstisch zu zwingen und ihm seine Bedingungen zu diktieren. (SCMP, Internet-Ausgabe, 2.2.99)

Nachdem ungewiß ist, wann und ob der von den USA geplante Raketenschutzschild (Theater Missile Defense - TMD) Wirklichkeit wird und ob Taiwan darin einbezogen werden soll, werden in Taiwan nunmehr Überlegungen angestellt, einen solchen Schutzschild für sich selbst aus eigener Kraft aufzubauen. Damit wäre zwar das Problem ausgeräumt, daß Taiwans Sicherheit in die Hände anderer Mächte gelegt würde, ob Taiwan aber technisch und finanziell in der Lage sein wird, solch ein Projekt schnell genug zu realisieren, ist derzeit nicht zu überblicken. Müßte sich Taiwan auf eine dauernde militärische Konfrontation mit dem Festland einstellen, käme es zu einer Rüstungsspirale, die die Ressourcen der Insel zunehmend stärker belasten und der Bevölkerung wachsende Opfer abverlangen würde ohne letztlich dauerhafte Sicherheit zu bieten. Zudem gilt auch in Taiwan selbst als ausgeschlossen, das nötige Waffenarsenal aus eigener Kraft zu entwickeln. Diejenigen Nationen aber, die über die Waffentechnik verfügen, die Taiwan braucht - die USA, Frankreich, Deutschland, Rußland - sind entweder ohnehin nicht willens, Taiwan mit dem Gewünschten zu beliefern oder könnten es für ratsamer halten, ihre Beziehungen zu China nicht ungebührlich aufs Spiel zu setzen. Die USA haben sich solche Zurückhaltung bislang nur begrenzt auferlegt. Sie liefern beispielsweise keine U-Boote und keine Angriffswaffen an Taiwan, werden Taiwan aber wohl auch in Zukunft gestatten, gerade in einem solchen Maß defensive Waffentechnik und Waffentechnologie zu erwerben, wie es nötig ist, um China eher die friedliche Option zur Lösung seines Taiwanproblems angeraten sein zu lassen.

Am meisten hängt Taiwans Sicherheit letztlich davon ab, wie groß die Kriegsbereitschaft in Chinas Führung ist. Derzeit lautet die Formel, daß Taiwan solange nicht angegriffen wird, wie es

- auf eine formelle Unabhängigkeitserklärung verzichtet,
- keine Atomwaffen entwickelt,
- ohne Einmischung durch eine Drittmacht bleibt.

Diese Bedingungen werden derzeit noch erfüllt. Mit dem Gedanken, Atomwaffen zu bauen, wurde auf Taiwan zeitweise gespielt, doch werden derzeit keine Anstrengungen in dieser Richtung unternommen. Ein Militärbündnis Taiwans mit einer anderen Macht besteht nicht; die amerikanische Sicherheitsgarantie ist vage, also keine Garantie, auf die Taiwan zählen könnte. Es bleibt der Kasus der Unabhängigkeit.

Zwar weiß die chinesische Führung, daß die Weltgemeinschaft eine militärische Lösung der Taiwanfrage ablehnt und daß ein Krieg gegen die Insel auf dem eigenen Territorium erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen hätte, und zwar nicht nur wegen der bereits bestehenden wirtschaftlichen Verflechtung mit Taiwan, sondern auch wegen des Vertrauensverlustes, den China bei anderen ausländischen Investoren erleiden würde. Dennoch deuten die Er-

eignisse der jüngsten Zeit darauf hin, daß sich die Hardliner in der Pekinger Führung im Zweifelsfall gegen die Wirtschaftspolitiker mit ihren nüchternen Überlegungen durchsetzen würden.

Als klügster und billigster Beitrag, den Taiwan zur Stärkung seiner Sicherheitslage leisten kann, müßte daher gelten, den Status quo zu wahren. Das Li Teng-hui der Grenze des für Peking Erträglichen bereits gefährlich nahe gekommen ist, dürfte offensichtlich sein. Der Versuch, noch weiter zu gehen, könnte sich rasch als fatal erweisen, und zwar mit fortschreitender Aufrüstung auf dem Festland umso mehr. Erschwerend kommt für Taiwan hinzu, daß die VR China den Status quo beendet wissen will. Taiwan wird daher schon in wenigen Jahren deutlich stärker in eine sicherheitspolitische Zwangslage geraten, als dies heute der Fall ist.

Taiwans Standort gegenüber der VR China in praktischen Fragen

Der letzte Punkt, unter dem Taiwans Standort beleuchtet werden soll, ist von vergleichsweise untergeordneter Natur, betrifft jedoch aktuelle Fragen, die für Taiwan wichtig sind und zu deren Klärung sich beide Seiten auf offizielle Verhandlungen einlassen müssen:

- Schmuggel und andere Formen von grenzüberschreitender Kriminalität,
- die Rückführung von illegalen Einwanderern aus der VR China,
- die Sicherheit von taiwanischen Reisenden, Geschäftsleuten und taiwanischen Investition in der VR China sowie
- Fischereifragen und Abgrenzung der Hoheitsgewässer.

Schmuggel: Illegalen Warenverkehr über die Grenze gibt es in beide Richtungen. Allerdings scheint die höhere Kaufkraft auf der Insel Schmuggel in diese Richtung klar zu bevorzugen; jedenfalls ist es die taiwanische Regierung, die hier einen Kooperationsbedarf sehr viel deutlicher hervorhebt als die Gegenseite.

Beispielsweise wurden von taiwanischen Behörden zwischen 1990 und 1998 3.300 kg Opium und Heroin und 25.000 kg anderer Rauschmittel und Narkotika mit Ursprungsland VR China konfisziert. An Handfeuerwaffen aus China stellte Taiwan von 1988 bis 1998 2.400 Stück sicher; dies war ein Fünftel aller festgestellten illegalen Feuerwaffen in jenem Zeitraum. (Central News Agency, Taibei, nach SWB, 25.3.99) Auch bei Schmuggel in die Gegenrichtung sieht sich Taiwan als Leidtragender: Jedes Jahr würden Tausende von Motorrädern und Pkws in Taiwan gestohlen und aufs Festland gebracht. (Central News Agency, Taibei, nach SWB, 10.1.99)

Illegale Einwanderer: Taiwans Polizei gehen jährlich im Schnitt 5.000 Bürger der VR China ins Netz, die sich illegal in Taiwan aufhalten. Die Gefangenen werden in Lagern interniert. Gemäß dem sogenannten Kinmen-Abkommen, das 1991 zwischen den Rot-Kreuz-Organisationen beider Seiten geschlossen wurde, muß die VR China ihre illegal nach Taiwan eingedrungenen Staatsbürger innerhalb von 20 Tagen zurücknehmen. Tat-

sächlich allerdings haben die festländischen Behörden dabei nie besondere Eile an den Tag gelegt, vielmehr erfolgt eine Rücknahme im Schnitt erst nach 130 Tagen. Mitte 1999 hatte Taiwan daher noch über 1.000 zu repatriierende Festländer zu versorgen. Der Vorsitzende des Rats für Festlandsfragen (Mainland Affairs Council, MAC) bezifferte den Betrag, den Taiwan bereits für die Versorgung der Lagerinsassen aufwenden mußte, auf 600 Mio. NT\$ und die Dunkelziffer bei den illegalen Einwanderern auf das Drei- bis Fünffache der Aufgegriffenen. (Central News Agency, Taibei, nach SWB, 16.6.99 und 6.7.99)

Sicherheit von taiwanischen Reisenden und Investitionen in der VR: Hier wird von taiwanischer Seite als besonders mißlich empfunden, daß die VR China immer wieder taiwanische Geschäftsleute unter dem Verdacht der Spionage verhaftet und Taiwan ihnen mangels bilateraler Abkommen keinen effektiven Rechtsschutz gewähren kann. Ähnlich verhält es sich in Fällen, wo taiwanische Geschäftsleute ihre Festlandsinvestitionen auf Grund von Willkürentscheidungen der dortigen Behörden oder wegen Betruges abschreiben mußten. Die einzige Möglichkeit, auf dem Festland in Not oder in falschen Verdacht geratenen Landsleuten zu helfen, besteht derzeit darin, sich an die halbstaatliche Straits Exchange Foundation (SEF) zu wenden, die ihrerseits in der betreffenden Sache mit ihrer Schwesterorganisation auf dem Festland (Association for Relations Across the Taiwan Straits - ARATS) Kontakt aufnimmt und um Unterstützung bittet - ein umständliches und wenig effektives Verfahren.

Fischerei und Abgrenzung der Hoheitsgewässer: Da die VR China Taiwan nicht anerkennt, sieht sie auch keinen Grund, ihre Fischereiflotte darauf zu verpflichten, von Taiwan beanspruchte Hoheitsgewässer zu respektieren. So habe Taiwan in den Jahren 1996 bis 1998 53.000 mal Fischerboote der VR China aus seinen Gewässern vertreiben müssen. Durch illegale Fänge in taiwanischen Fischgründen sei bereits der Lebensunterhalt taiwanischer Fischer gefährdet. (Central News Agency, Taibei, nach SWB, 25.3.99) Die Fischerboote empfindet Taiwan zudem als Bedrohung für seine Sicherheit. In mehreren Fällen ergab sich der Verdacht, daß die Fischer in Wirklichkeit Schmuggel betreiben.

In allen diesen Problembereichen hat die VR China bislang die von Taiwan gewünschten Verhandlungen verweigert, oder sie ignoriert, wie im Falle der Rückführung illegaler Einwanderer, die bereits getroffene Vereinbarung. Der Sinn dieser Politik ist klar: Gemäß der Ein-China-Doktrin ist Taiwan kein eigener Staat, also können sich Bürger der VR China dort auch nicht illegal aufhalten, also können dorthin auch keine illegalen Waren fließen, also gibt es keine zu beachtenden taiwanischen Territorialgewässer. Statt dessen erscheinen diese Punkte, die Taiwan teilweise auf den Nägeln brennen, der VR China bestens geeignet, Druck auf Taiwan auszuüben, sich auf politische Gespräche mit dem erklärten Ziel der Wiedervereinigung unter dem Motto „ein Land, zwei Systeme“ einzulassen. Der bislang letzte Versuch, die Festlandsseite zu Gesprächen über diese Konfliktpunkte zu bewegen, scheiterte Ende Juni, als der Stellvertretende Generalsekretär der SEF zu Besuch bei seinem Kollegen von der ARATS in Peking war. (Vgl. C.a., 1999/6, S.583) Auch hier stößt Taiwan also an unüberwindbare Grenzen, die die VR China setzt.

Bilanz

Taiwans Standortbestimmung ergibt ein gemischtes und in der längeren Perspektive düsteres Bild.

Die Bewohner von Taiwan besitzen eine doppelte Identität - als Chinesen und als Taiwaner. Während letztere jahrzehntelang geleugnet wurde, ist sie in den letzten Jahren zumindest politisch eindeutig die bestimmende geworden. Einer neuen Umfrage zufolge spricht sich nur noch ein Viertel der Bevölkerung (25,7%) für eine Wiedervereinigung mit dem Festland aus, während knapp 40% eine formelle Unabhängigkeit der Inselrepublik anstreben. Die Gruppe der Befürworter des Status quo, in vergangenen Jahren stets die größte, ist auf nur noch 19,9% geschrumpft. (Central News Agency, Taibei, nach SWB, 13.8.99)

Das es diese Tendenz, fort von der chinesischen, hin zur taiwanischen Identität gibt, hat ebenso mit der Provinzgeschichte wie mit der soziokulturellen Entwicklung, der Parteienlandschaft und der Demokratisierung Taiwans zu tun. Aber auch die VR China ist, ganz entgegen ihrer Intention, dafür verantwortlich, daß das Wir-Gefühl der Taiwaner stärker wird. Deutlich wurde dies besonders bei den letzten Präsidentenwahlen 1996, als die Raketentests der Volksbefreiungsarmee in der Taiwanstraße, zur Einschüchterung Taiwans gedacht, einen Solidarisierungseffekt auslösten und dem jetzt von der VR China geschmähten Präsidenten Li zu einer satten Mehrheit verhalfen. Auch diesmal zeitigt das vom Festland zu vernehmende Säbelgerassel einen ähnlichen Effekt, wie das vorerwähnte Umfrageergebnis andeutet. Kein Wunder: Peking wirbt nicht für sich, sondern schreckt ab. Nur 19,1% der Befragten brachten bei der jüngsten Umfrage Verständnis für die VR-chinesische Reaktion auf Li Teng-huis Äußerungen auf, 63% fanden sie ungerechtfertigt. Noch deutlicher zeigt sich das taiwanische Wir-Gefühl angesichts der Tatsache, daß 61% der Befragten Präsident Li Vertrauen schenken. Angesichts der Tatsache, daß Li mit seinen Äußerungen eine gravierende Sicherheitskrise, Einbrüche bei den Börsenkursen usw. auslöste, wäre scharfe Kritik aus dem Lande selbst zu erwarten gewesen. Diese gab es zwar, sie blieb jedoch eine Randerscheinung; statt dessen scharte sich die Mehrheit der Bevölkerung angesichts der Bedrohung um den attackierten Präsidenten - offenbar schürte die VR China mit ihrem Verhalten geradezu so etwas wie ein taiwanisches Nationalgefühl. Li hatte wohl tatsächlich den Finger am Puls der Zeit, als er zu den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen Ende 1998 das Schlagwort vom „neuen Taiwaner“ kreierte. Damit wird ausgedrückt, daß die alten Unterschiede und Divergenzen zwischen gebürtigen Taiwanern und vom Festland stammenden Chinesen heute überwunden sind und daß allen gleichermaßen - ungeachtet ihrer Abstammung - das Wohl Taiwans als ihre Heimat am Herzen liegen muß.

Darüber, ob dieses taiwanische Wir-Gefühl von Dauer sein muß und unter geänderten Umständen nicht auch wieder durch ein chinesisches Nationalgefühl ersetzt werden kann, läßt sich nur spekulieren. Immerhin ist „China“ für Taiwan nicht tot: Man pflegt das Erbe, man ist stolz darauf, man ist auf dem Festland geschäftlich erfolgreich, weil man hüben und drüben die gleiche Sprache spricht. Taiwans bewußtseinsmäßiger Standort dürfte daher weni-

ger eindeutig festlegbar sein, als es in der gegenwärtigen Bedrohungssituation scheint.

Jenseits eines mehr oder weniger vagen national-ethnisch-kulturellen Zugehörigkeitsgefühls jedoch wird die Lage klarer: Die VR China bietet den Taiwanern bislang wenig, was ihnen den Anschluß schmackhaft machen könnte. Wie die Pekinger Führung mit demokratischen Institutionen umgeht, hat sie im Falle Hongkongs vor Augen geführt: Sie respektiert sie nicht, sie sind ihr lästig, sie schafft sie ab. Mit ihrem autonomen Staat sind die Taiwaner zwar weltpolitisch inexistent, besitzen aber die Souveränität, über ihre eigenen Geschicke zu bestimmen. Wie es ihnen in den Händen der demokratisch nicht legitimierten Pekinger Führung ergehen würde, wäre dagegen ungewiß, da Taiwan die Einhaltung der angebotenen Autonomie vor keiner Instanz einklagen könnte. Das Beispiel Hongkong ist aufschlußreich: Pekinger Politiker tun sich zuweilen äußerst schwer, sich mit der Einflußnahme auf Hongkong zurückzuhalten, und wenn sie sich doch zügeln, so deswegen, um Hongkong als Modell für den Anschluß Taiwans nicht in Mißkredit zu bringen. Weswegen aber sollte die Pekinger Regierung Taiwans Demokratie und Rechtssystem noch respektieren, wenn sie erst die Macht über ganz China errungen hat? Auch die wirtschaftlichen Perspektiven scheinen mehr zu versprechen, wenn das Modell eines unabhängigen Taiwan, das mit der VR China entsprechende Übereinkommen schließt, zu Grunde gelegt wird. Nur wird es ein von China toleriertes - geschweige denn anerkanntes - unabhängiges Taiwan niemals geben. Weder die militärisch-sicherheitspolitische Lage der Inselrepublik noch die Dynamik der wirtschaftlichen Verflechtung mit China und der Wirtschaftsliberalisierung im Zuge eines WTO-Beitritts lassen Perspektiven erkennen, wie Taiwan sich aus seinem Dilemma befreien könnte, im Gegenteil: Auch wenn sich die Taiwaner in ihrer Identität immer weiter von China entfernen, werden sie sich dessen Ansprüchen und Forderungen in Zukunft immer weniger entziehen können, ohne alles aufs Spiel zu setzen. Da irgendwelche Wunder in dieser Sache nicht zu erwarten sind, dürfte binnen weniger Jahre statt stärkerer Unabhängigkeit das faktische Ende der Eigenstaatlichkeit Taiwans unvermeidlich werden. Hierfür spricht vor allem das oben zu den Aspekten Wirtschaft und Sicherheitspolitik Gesagte.

Li Teng-hui und die Taiwanfrage

Die Kommentatoren rätseln bis heute, was Li Teng-hui dazu bewegte, den Taiwan-China-Beziehungen öffentlich einen zwischenstaatlichen Charakter zu attestieren, und warum diese Erklärung gerade Anfang Juli erfolgte. Am verbreitetsten ist die Auffassung, wonach es Lis Absicht war, den im Juli zu nominierenden Wettbewerbern um das Präsidentenamt die Schau zu stehlen und seinen eigenen Kandidaten Lien Chan zu stärken. Falls einzig dies seine Absicht gewesen sein sollte, scheint sein Kalkül blendend aufgegangen zu sein (s. Übersicht S.800 in diesem Heft).

Dieser wahltaktische Erklärungsansatz, obwohl nicht unbedingt falsch, vermag jedoch nicht recht zu befriedigen. Dazu war Lis Äußerung viel zu riskant, in ihrer Zielrichtung anders und in ihrer Wahlkampfwirkung viel

zu indirekt, zumal die Präsidentschaftswahl erst für den März 2000 ansteht, gut acht Monate nach der betreffenden Äußerung.

Gewiß: Hochgespielt wurde Lis Interview mit der Deutschen Welle erst durch die Medien. Tatsächlich hatte er kaum etwas anderes gesagt als früher auch schon. Der britische Journalist Jonathan Mirsky berichtet beispielsweise, daß Li in einem Interview mit ihm schon im November 1997 feststellte: „Taiwan is an independent sovereign country.“ Auch der Rest des damaligen Interviews wies etliche Parallelen mit dem vom Juli 1999 auf. (IHT, 15.7.99) Dies waren nicht die einzigen Fälle innerhalb der letzten Jahre, in denen Li von Taiwan als einem unabhängigen Staat sprach. (Z.B. laut SCMP, Internet-Ausgabe, 18.2.99: „It can be said for sure that Taiwan is an independent state. Taiwan is Taiwan. This is a clear matter.“)

Während Li also nicht viel anderes sagte als früher, fielen seine neueren Äußerungen zur Eigenstaatlichkeit Taiwans doch in einen anderen Kontext. Internationale Aufmerksamkeit errangen sie erst durch Pekings harsche Reaktionen. Die Regierung der VR China sieht sich heute, im Vorfeld des 50jährigen Staatsjubiläums, innenpolitisch besonders unter Druck. Das Verbot der Gesundheitsbewegung *Falun Gong* und die verstärkte Verfolgung Oppositioneller zielen hierbei in dieselbe Richtung; hinzu kamen Pekings Nervosität und Mißmut nach der Bombardierung seiner Botschaft im Kosovokrieg; auch Taiwans Erfolg mit der diplomatischen Anerkennung durch Mazedonien dürfte eine Rolle gespielt haben. Da kam ein emotional besetztes, nationalistisch hochzukochendes Thema gerade richtig.

Aber ehe noch die Pekinger Führung reagieren konnte - sie brauchte einige Tage, bis die Propagandamaschine richtig lief -, diente Lis Interview schon den Tageszeitungen in Taiwan als Aufmacher. Auch dort wurde sein Diktum von der Zwischenstaatlichkeit der Beziehungen nun also als sensationell angesehen. Warum jetzt, warum nicht früher?

Offenbar teilte die taiwanische Öffentlichkeit, was Li später in eigenen Erklärungen als Grund angab: Er war unzufrieden mit der Behandlung Taiwans durch das Festland. Wenn Peking politische Gespräche wolle, müsse mit Taiwan endlich von gleich zu gleich verhandelt werden. Taiwan lasse sich nicht als „abtrünnige Provinz“ abqualifizieren. Schließlich habe die „Republik China“ auf Taiwan niemals zur VR China gehört. Die große Zustimmung, die Li mit seiner Äußerung erzielte, spricht dafür, daß er damit eine längst vorhandene Stimmung in der Bevölkerung auf den Punkt gebracht hatte. Über das fruchtlose Gezerre im chinesisch-chinesischen (oder taiwanisch-chinesischen) Dialog wurde seit Monaten berichtet. Genau zehn Tage vor dem entscheidenden Interview mit der Deutschen Welle war in Peking das Vorbereitungstreffen zwischen SEF und ARATS zu Ende gegangen, mit dem der Besuch des VR-chinesischen Unterhändlers Wang Daohan in Taiwan hatte festgeklopft werden sollen; doch am Ende stand nicht einmal ein eindeutiger Termin dafür fest, ganz zu schweigen davon, daß andere, für Taiwan wichtige praktische Fragen (s. oben) hätten angesprochen werden können. Peking, entschlossen Taiwans Status quo zu beenden, richtete seine ganze Taiwanpolitik auf seine Ein-China-Doktrin und auf das Hongkong-Modell „ein Land,

zwei Systeme“ aus. Ende Juni muß Li endgültig klar geworden sein, daß von einer Fortführung des Dialogs unter den gegebenen Prämissen für die Insel nichts Brauchbares zu erwarten war.

Dadurch, daß Li seine Äußerung jedoch gegenüber einem deutschen Radiosender öffentlich machte, gewann sie noch eine andere Dimension. Nicht zufällig kam in den Medien danach immer wieder das deutsche Beispiel zur Sprache: eine Nation, zwei souveräne Staaten, die sich gegenseitig anerkennen, schließlich die Wiedervereinigung. Könnte das nicht ein Modell für das Verhältnis Taiwan-China sein?

Gewiß: Die Implikationen der „deutschen Formel“ wären für die chinesische Staatsführung alles andere als verlockend. Immerhin war es zur deutschen Einheit erst gekommen, nachdem die sozialistische Staatspartei abgewirtschaftet hatte und ihre Repräsentanten teils ins Altersheim, teils ins Gefängnis, teils ins Exil und teils in die freie Wirtschaft gewandert waren. Auf diese „Feinheiten“ kam es Li aber wohl nicht an. Wenn seine Überlegungen über Taiwans Standort und seine Zukunft ähnlich waren wie in der hier vorgelegten Analyse, müßte er auch zu ähnlichen Schlüssen über die Ausweglosigkeit aus Taiwans Dilemma gelangt sein: keine Anerkennung der Eigenstaatlichkeit durch die Staatengemeinschaft und durch China, verstärkte Umarmungsversuche durch China, verstärkte wirtschaftliche Verflechtung mit China, verstärkte militärische und wirtschaftliche Bedrohung durch China, keine Aussicht, daß sich China innerhalb überschaubarer Zeit zu einem demokratischen Staat wandelt, mit dem ein Zusammenschluß möglich wäre. Bis dahin wäre Taiwan bereits gezwungen gewesen, sich einem revidierten Hongkong-Modell zu fügen und seine Eigenstaatlichkeit aufzugeben. Wenn es aber mit Taiwans Zukunft ohnehin finster aussah, mußte es den Versuch wert sein, noch einmal internationale Aufmerksamkeit zu erregen, die Welt zum Nachdenken über Taiwan zu bewegen und die Führung in Peking auf ein paar ebenso simple wie verhaßte Wahrheiten zu stoßen, um zu sehen, ob sich nicht doch noch etwas Neues in Bewegung setzen ließe. Wohlkalkuliert war die Äußerung immerhin hinsichtlich des Sicherheitsrisikos: Da Li eine formale Unabhängigkeitserklärung ausschloß, machte er knapp vor der von China gesetzten Tabugrenze halt. Wohlkalkuliert war sie auch hinsichtlich der Zeitperspektive: Sollte die Äußerung tatsächlich etwas in Bewegung setzen, das auf neue Existenzperspektiven für Taiwan hinauslief, hätte Li noch Gestaltungsmöglichkeiten; sollte China aber gar zu sehr zürnen, könnte es das baldige Ende seiner Amtszeit abwarten und auf einen Neuanfang im Dialog unter dem nächsten Präsidenten setzen. Außerdem würde es seinen Amtsnachfolger entlasten, wenn Li selbst schon die unangenehme Vorarbeit geleistet hatte, Taiwan gegenüber China als souveränen Staat zu präsentieren.

sich wenigstens der Status quo so weit verlängern lasse, bis in China endlich Politiker an die Macht kommen, die die Grundprinzipien von Demokratie und Selbstbestimmung begreifen und ehren, so daß dann Taiwans Bevölkerung frei und demokratisch über eine Vereinigung mit dem Festland oder auch formale Unabhängigkeit entscheiden könnte. Soweit aber wird es nicht kommen, da China nicht so lange warten wird. Stimmen die Prognosen der Rüstungsexperten, wird Taiwan in etwa sechs Jahren militärisch erpreßbar. Der nächste Präsident wird also zusehen müssen, wie er das Staatsschiff in sicheres Fahrwasser bringt, ehe dieser Zustand eintritt. Beizeiten einen politischen Dialog mit China zu beginnen - und das heißt: nach dessen Konditionen - könnte noch das Beste sein. Hierfür ließe sich auch eine Art politische Sicherheitspartnerschaft mit den USA schließen, die als Mittler fungieren und Taiwan gewisse Garantien für die Zeit „danach“ geben könnten. Zuvor wären freilich im Dreieck Peking-Washington-Taipei die nötigen Vertrauensverhältnisse wieder herzustellen.

Was wird aus Taiwan?

Heute, im September 1999, muß Lis Versuch, noch einmal neue Bewegung in die Taiwanfrage zu bringen, als gescheitert angesehen werden. Taiwan wird weiterhin mit dem Prinzip Hoffnung zu leben versuchen - Hoffnung, daß